

## Bundesfachausschuss Bildung | Protokoll



Donnerstag, 04. Juli 2019  
11:00 - 14:00 Uhr



Deutscher Musikrat  
Generalsekretariat  
Schumannstraße 17  
10117 Berlin



### Anwesend

Prof. Ulrich Rademacher (Vorsitz), Prof. Christian Höppner, Corinna Danzer, Prof. Dr. Daniel Mark Eberhard, Susann Eichstädt, Prof. Dr. Susanne Fontaine, Mario Müller, Michael Nassauer, Prof. Dr. Ortwin Nimczik, Matthias Pannes, Edmund Wächter

### Entschuldigt

Prof. Gerald Fauth, Prof. Dr. Eckart Lange, René Schuh

### Gast

Lydia Grün

## TOP 1

### Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Rademacher begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung kurz vor.

Beschluss  
ES

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

## TOP 2

### Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss  
ES

Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Änderungen angenommen.

## TOP 3

### YouTube als Ort kultureller Bildung

Rademacher dankt Höppner für die Anregung, die vom Rat für Kulturelle Bildung in Auftrag gegebene Studie „Jugend/YouTube/Kulturelle Bildung. Horizont 2019“ als Thema auf die Tagesordnung der Sitzung aufzunehmen und begrüßt Lydia Grün, Geschäftsführerin des Vereins Netzwerk Junge Ohren, Professorin für Musikvermittlung an der Hochschule für

Musik Detmold und Mitglied im Rat für Kulturelle Bildung. Grün dankt für die Einladung und stellt die Studie vor. Die Studie, bei der 818 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 19 Jahren befragt wurden, habe ergeben, dass YouTube ein Leitmedium und Kulturort für Jugendliche sei. Weiterhin würden Webvideos Jugendliche dazu anregen, selbst kulturell aktiv zu werden. Rund 50 Prozent der befragten Jugendlichen würden YouTube für die Schule nutzen. Pannes erfragt, auf welcher Grundlage die Studienteilnehmerinnen und Studienteilnehmer ausgewählt worden seien. Grün informiert darüber, dass das Institut für Markt- und Sozialforschung die repräsentative und empirische Studie durchgeführt habe.

Grün weist darauf hin, dass die Bereitschaft seitens der Musikvermittler, sich dem Thema YouTube zu öffnen, noch überschaubar sei. Es stelle sich hier die Frage nach einer flächendeckenden Kompetenzbildung im Bereich der kulturellen Bildung. Hier gebe es einen großen Handlungsbedarf. Fontaine ergänzt, dass es beispielsweise an der UdK Berlin ein Bewusstsein für die Dringlichkeit des Themas gebe, eine Beschäftigung damit aber zeitlich aufgrund administrativer Alltagsbelastungen häufig nicht realisierbar sei. Müller ergänzt, dass diesbezüglich ein Riss durch die Musikpädagoginnen und Musikpädagogen gehe – einige seien offen für neue Medien, andere würden die Arbeit hiermit ablehnen. Auf die Erkenntnisse der Studie aufzubauen, beinhalte jedoch ein großes Potenzial. Eberhard führt aus, dass sich im Moment viele Initiativen mit dieser Thematik befassen würden. Der Medienpädagogische Aspekt gerate dabei jedoch etwas außer Acht, beispielsweise in Hinblick auf die Problematik der Demotivation durch Vergleichbarkeit.

Höppner dankt dem Ausschuss für den konstruktiven Diskurs zu Grüns Studie und Eichstädt für die Themenidee und die Herstellung des Kontaktes.

#### TOP 4

#### Quer- und Seiteneinsteiger/Lehrkräftemangel

Rademacher führt kurz in die Thematik ein und verweist auf die Papiere zur Situation der Quer- und Seiteneinsteiger und zum Lehrkräftemangel in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die dem Ausschuss im Vorfeld der Sitzung zugegangen sind. Außerdem verweist er auf die Beschlusslage des Ausschusses, nach der in der vergangenen Wahlperiode eine differenzierte, ebenenbezogene Betrachtung des Feldes „Quereinstieg“ in das Lehramt Musik empfohlen worden sei mit der Zielstellung, die Qualitätssicherung versus Bedarfssicherung verantwortungsvoll abzuwägen. Anschließend werden Einzelaspekte diskutiert. Höppner schlägt vor, eine politische Erklärung hierzu zu formulieren, die folgenden Punkte beinhalten könnte:

- die Deprofessionalisierung müsse gestoppt werden
- Quer- und Seiteneinsteiger könnten in Ausnahmefällen Personalmangel überbrücken, aber kein dauerhafter Ersatz sein
- Quer- und Seiteneinsteiger dürften bei den Anstellungsverhältnissen nicht mit denjenigen gleichgestellt werden, die das gesamte System qualifiziert durchlaufen hätten

- Musikleistungskurse an Schulen als Reservoir, um wieder mehr Nachwuchs zu gewinnen
- Musikhochschulen und Unis müssten in Lage versetzt werden, bedarfsgerecht nach Kapazitäten auszubilden

Rademacher fasst zusammen, dass die geplante Erklärung mit dem Benennen des Versäumnisses der Politik beginnen müsse. Es stelle sich die Frage, ob eine Verpflichtung der Länder benannt werden solle, eine Mindestanzahl an Ausbildungsplätzen für musikpädagogische Ausbildung zu garantieren. Eberhard ergänzt, dass die Wahrnehmung und der Stellenwert des Faches Musik gelitten hätten, was z.B. mit den Arbeitsbedingungen (Ausstattung, Räume, psychische Belastung) zu tun habe. Zudem müsse über die Zugangsvoraussetzungen für die Ausbildung nachgedacht werden, da Prüfungen in Musiktheorie oder auf einem Instrument potenzielle Bewerber ängstigen könnten. Der Ausschuss befürwortet die Formulierung einer politischen Erklärung und diskutiert weitere Einzelaspekte.

Höppner verweist darauf, dass es das Versäumnis der Politik sei, dass es jahrelang mehr Bewerber gegeben habe als Ausbildungsplätze. Die Ursachen für den jetzigen Missstand lägen also zurück. Rademacher ergänzt, dass es zudem auch aktuelle Versäumnisse gebe, so z.B. die mangelnde Attraktivität des Berufes oder die mangelnde Ausstattung durch öffentliche Förderung im Musikschulbereich. Rademacher und Höppner schlagen vor, im Vorfeld der nächsten Sitzung einen Entwurf der politischen Erklärung zu formulieren, die dann in der Sitzung diskutiert werden könne. Die inhaltliche Grundausrichtung würde die zuvor genannten Punkte beinhalten. Die Mitglieder des Ausschusses sind mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

## **TOP 5**

### **Monitoring Musikalische Bildung**

#### **Handlungsempfehlungen**

Eichstädt berichtet über das Treffen der Steuerungsgruppe zum Monitoring Musikalische Bildung in der vergangenen Woche. Hierbei sei ein erster Entwurf der Wissenschaftler zu den Handlungsfeldern vorgelegt worden, die diese aus den von ihnen erhobenen Daten geschlussfolgert hätten. Der Entwurf sei den Mitgliedern des Ausschusses im Vorfeld der Sitzung übermittelt worden.

Höppner ergänzt, dass das nächste Treffen der Steuerungsgruppe am 16. Juli 2019 stattfinden werde. Dort solle die weitere Kommunikation geplant werden. Es werde eine Social-Media-Kampagne mit einem eigenen Hashtag geben. Ziel der Kommunikation sei es, in der öffentlichen Wahrnehmung mit dem Grundtenor der Studie so lange wie möglich präsent zu sein. Nur so könne es gelingen, mehr Relevanz in der Politik zu erzielen und Sensibilität für das Thema zu schaffen. Bisher sei die Diskussion zu wenig politisch. Eichstädt informiert, dass möglichst viele Verbände mit einbezogen werden sollten, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Die Landesmusikräte würden regelmäßig Veröffentlichungen planen. Die Beteiligung anderer großer Verbände sei darüber hinaus wünschenswert. Müller

bekräftigt das geplante Vorgehen: Er habe in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen gemacht.

Höppner erfragt, ob es bezüglich der Handlungsempfehlungen seitens des Bundesfachausschusses Änderungsvorschläge zum Text gebe. Er verweist weiterhin darauf, dass der Text der Wissenschaftler noch lesbarer gestaltet würde. Der Entwurf sei noch nicht das Papier, das die Steuerungsgruppe vorbereite. Rademacher ergänzt, dass der ursprüngliche Plan, mit dem Monitoring Handlungsempfehlungen aufzustellen, geändert worden sei. Es gebe Handlungsfelder, auf deren Basis dann von den einzelnen Akteuren individuelle Handlungsempfehlungen aufgestellt werden könnten. Anschließend wird der Text diskutiert und in Teilen angepasst. Darüber hinaus werden Anmerkungen zu Textform und Lesbarkeit gemacht. Das Generalsekretariat wird die Vorschläge zur Textanpassung an die Wissenschaftler weitergeben.

## TOP 6 Digitalisierung

Rademacher verweist einleitend darauf, dass der Wunsch, das Thema Digitalisierung zu behandeln, in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses von den Mitgliedern benannt worden sei. Das Thema sei in der vergangenen Sitzung aus Zeitgründen auf die heutige vertagt worden. Er berichtet, dass im VdM drei Themenbereiche definiert worden seien, um das Thema Digitalisierung systematisch zu bearbeiten:

- Digitalisierung als Teil des Unterrichts und Teil der Kunst selbst
- Kommunikation um den Unterricht herum
- Digitalisierung in Verwaltungs- und Organisationsbereich von Kultureinrichtungen

Anschließend werden die Themenbereiche im Einzelnen diskutiert. Müller regt an, einen Arbeitskreis der Verbände zu initiieren, der Empfehlungen für Digitalisierungsmöglichkeiten im Unterricht könne. Rademacher und Höppner befürworten die Idee, solch einen Kreis seitens des Ausschusses zu initiieren. Der Ausschuss diskutiert über Umsetzungsmöglichkeiten, u.a., ob ein Preis ein sinnvolles Instrument zur Förderung der Digitalisierung im Bildungsbereich sein könne. Die Mitglieder verständigen sich darauf, die Strategiekommision um Mitberatung zu bitten und das Thema in einer der kommenden Sitzungen weiter zu diskutieren.

## TOP 7 Pädagogische Qualifikation von Musiklehrenden

Eberhard erläutert, dass es in den letzten Jahren einige Besetzungen von Professuren gegeben habe, bei denen die Kandidaten die festgelegten Voraussetzungen nicht erfüllten. In den einzelnen Ländern gebe es hierzu unterschiedliche Festschreibungen – in einigen seien die Voraussetzungen zwingend festgeschrieben, in manchen werde die Formulierung

„soll“ verwendet, in NRW sei es gar nicht festgeschrieben. Die Mitglieder des Ausschusses diskutieren die im Vorfeld übermittelte Beschlussempfehlung zur Thematik. Der Ausschuss stimmt der inhaltlichen Ausrichtung des Textes im Grundsatz zu, regt jedoch einige Modifikationen an. Nimczik schlägt vor, die Formulierung „Es soll nur berufen werden, wer...“ in den Text aufzunehmen. Danzer wirft ein, dass die Freiheit der Hochschulen gewährleistet sein müsse, auch jemanden auszuwählen, der z.B. nur zwei Jahre Berufserfahrung habe, jedoch besser geeignet sei.

Höppner fasst zusammen, dass der DMR eine Senkung der Qualitätsstandards für künftige Musiklehrende nicht befürworten könne. Es sei daher die Aufgabe des DMR, auf diese mögliche Entwicklung durch einen Appell an die Gesetzgeber hinzuweisen. Rademacher ergänzt, dass nicht nur die Absenkung der Standards, sondern auch die Verschiebung der Balance ein Problem sei. Er erfragt, ob der Ausschuss dieser generellen Forderung im Grundsatz zustimme. Eichstädt schlägt bezüglich des weiteren Verfahrens vor, die Rechtslage zu prüfen, die Beschlussempfehlung ggf. anzupassen und dann in der kommenden Sitzung erneut zu behandeln. Der Ausschuss nimmt das Verfahren zustimmend zur Kenntnis.

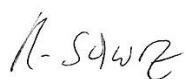
## Top 8 Verschiedenes

Höppner informiert über den aktuellen Stand zur Anerkennung der EMP als Lehre der Kunst. Nach dem Gespräch im Februar sei man in gutem Einvernehmen mit der KSK auseinandergegangen. Es habe eine Bereitschaft zur Öffnung für dieses Thema seitens der KSK gegeben, die sich auch in einem gemeinsamen Gesprächsvermerk dokumentiere. Kürzlich habe es außerdem dazu ein Gespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Griese zu dem Thema gegeben. Pannes ergänzt, dass Griese zwar keine Weisungsbefugnis gegenüber der KSK besitze, sie diese aber ermutigen wolle, die Ermessensspielräume zu nutzen. Höppner bekräftigt, dass die Verhandlungen zu diesem Thema ein Musterbeispiel für die politische Arbeit des DMR gemeinsam mit anderen Verbänden sei. Er dankt Pannes, Mixa und Wächter für die gute Zusammenarbeit.

Berlin, 31. Juli 2019



Prof. Ulrich Rademacher  
Sitzungsleitung



Henriette Schwarz  
Protokollführung